

# Volksstimme

Eingelnummer 30 Bfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.  
Fernspr. 6002. Erscheinungstage täglich von 11-12.

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“, sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag: Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.  
Fernspr. 5407. Postfachkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 113

Abonnementspreis: Durch den Postboten zugestellt monatlich 6,00 Mk., einschließlich Frachtposten. Für Mitglieder 5,50 Mk. Durch Selbstzug im Vierteljahr 18,-, monatlich 6,00 Mk. einjährl. Postgebühren.

Halle, Mittwoch, den 18. Mai 1921

Anzeigenpreis: Im achtspaltigen „Anzeigenteil“ kostet das Millimeter 60 Bfg., desgleichen Räume im dreispaltigen Teilteil 2,50 Bfg. Schluss der Anzeigenannahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang.

## Korfanth am Ende?

W.B. gibt folgende Meldungen unter allem Vorbehalt wieder:

Das Rückzugstelegramm Korfanth an die interalliierte Kommission betraf die Blätter als das Eingeklämmt, das Korfanth sein Unternehmen als gesetzlich anerkennt. Gleichzeitig erließen aber die Blätter in dem Telegramm ein Mandat an den Injurantenführer, um auf einem Umweg zu Verhandlungen über die Festlegung einer Demarkationslinie zu gelangen, und erwartete von der interalliierten Kommission, daß sie den Winkeln Korfanth klar und entscheidende Forderungen gegenüberstellt.

Die „F. Z.“ schreibt: Die einzige Antwort der Entente-Kommission kann nach Lage der Dinge nur darin bestehen, daß sie vor allen Dingen die Auslieferung sämtlicher Waffen, die Auslieferung der Wädelstühle und die vollständige und unverzügliche Räumung des ganzen Wüstungsgebietes verlangen. Auch die „Germania“ fordert die völlige Wiederherstellung der Herrschaft der interalliierten Kommission im ganzen oberösterreichischen Wüstungsgebiet. Sie verlangt vor allem Sühne für die vielen Verbrechen, die vorgenommen sind. Der „Vorwärts“ schreibt: Der Zustand als solcher war ein Verbrechen und ist als ein solches von der interalliierten Kommission zu behandeln. Die „Freiheit“ führt die Liquidierung des Aufstandes aus den Druck der Entente zurück und betont, nachdem die Alliierten diesen ersten Erfolg erzielt hatten, entfielen ihnen die weitere Pflicht, die Bestimmungen des Friedensvertrages über Oberösterreich restlos durchzuführen. Bis zur richtigen Ausführung der Ententebefehle über die Festlegung der Grenze ist die interalliierte Kommission ganz allein für die Erhaltung der Ordnung in Oberösterreich und für den Schutz der Einwohner verantwortlich.

Wie die „F. Z.“ meldet, hat Korfanth gleichzeitig mit der Überlegung seines Telegramms an die interalliierte Kommission einen Aufruf an die Injuranten gerichtet, in dem er die selbständige Demobilisierung mit der Aufforderung festsetzt, daß alle, die nicht erforderlich seien, möglichst bald zur Arbeit zurückkehren sollten. Zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens sei es notwendig, daß man die Demobilisierung wieder in ihre Funktionen einsetze. Wenn noch einige, so wird in dem Aufruf weiter gesagt, unter ihnen der persönlichen Freiheit beraubt sind, so sollten sie unverzüglich in Freiheit gesetzt werden. Ein Tagesbefehl des obersten Feldherrn der Alliierten, Dolina, befiehlt die strikte Befolgung des Aufrufs.

Im Gegensatz zu diesem Korfanth'schen Aufruf steht eine Meldung des „L.A.“ aus Kreuzburg, der zufolge dort die Polen seit gestern abend mit starken Kräften angriffen. Ihr Hauptstoß richtete sich auf Gohle. Ein gleichzeitiger Angriff auf Wschitz konnte abgelenkt werden. Durch eine furchtbare Umfassung lachten sie sich in den Besitz des Gohle-Anstaltensparkes zurück zu legen.

Beuthen, 18. Mai. (B. L.) Hier ist die Lebensmittelnot weiter gestiegen. Besonders ist das Kinderelend sehr groß. Sowohl in Beuthen als in Kattowitz gibt es kein Fleisch, keine Eier und keine Milch.

Einer weiteren Meldung des „B. L.“ zufolge ist der englische Kreisinspektor von Larnowig Pingen von den Injuranten verhaftet worden. Durch die ist es ihm gelungen, nach Larnowig zurückzukehren, wo er in einer Klinik Aufnahme fand.

### Fahnenflucht der oberösterreichischen Injuranten.

Katibor, 17. Mai. Nachrichten aus Kattowitz zufolge nehmen die Verpflegungsschwierigkeiten bei den polnischen Injuranten größeren Umfang an. Desgleichen ist der Mangel an Zahlungsmitteln im Wachen. Die Kattowitzer polnischen „Führer“ verwahren die Injuranten damit, daß sie die Kampflage als verfahrenen Schichten bezeichnen. Folgende Injuranten läßt durch seine Führer Kattowitzer führen, in denen die Kampflage als Schichten der Injuranten eingetragen werden. Natürlich werden die industriellen Berufe diese Schichten nicht bezaubern. Eine immer größer werdende Anzahl von ihnen sieht das ein, und es ist deshalb erklärlich, daß sich die Zahl der Desertionen mehrt. Die Leute lehnen einfach ihr Gewehr an den nächsten Baum und verlassen ihre Posten.

Beuthen, 18. Mai. Die Lage in Oberösterreich ist bei kleinen Schiebereien unversändert. Die Injuranten leiden sehr unter Mangel an Nahrung und Zahlungsmitteln, weshalb Desertionen sich häufen. — Die polnischen Werksbetriebe liegen nach dem Verbot der Warschauer Regierung ihre Tätigkeit heimlich fort.

### Eine Entfesselung der sozialdemokratischen Arbeiterfront von Breslau.

Breslau, 18. Mai. Der aus Oberösterreich geflüchtete Gewerkschafter der freigeschickten organisierten schlesischen Metallarbeiter Handl bestreite gestern in einer Versammlung der Breslauer Vertrauensleute der freien Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Parteien aus eigener Anschauung über

die Lage in Oberösterreich. Der Referent wies die willkürliche Ansetzung des Rufes durch Korfanth und die Willkür der polnischen Arbeiterorganisationen nach und schärfte die Verden der deutschen Arbeiter infolge des Zerfalls der polnischen Verbände und der Unfähigkeit der französischen Behörden und Truppen. Anschließend sagte die von etwa 1000 Vertrauensleuten besetzte Versammlung einstimmig eine Entschließung, in der der durch den polnischen Aufstand in Not und Elend gebrachten Bevölkerung das tiefste Mitleid ausgesprochen und weiter gesagt wird, daß die Hoffnung der oberösterreichischen Arbeiter und ihrer Familien, daß die deutschen Arbeiter und die Organisationen — politische wie gewerkschaftliche — ihnen ihre Hilfe leisten, soll nicht zu Schanden werden. Die Konferenz verpflichtete sich zur Unterstützung der bedrängten Oberösterreicher in jeder materieller Hinsicht im weitesten Umfang. Die deutsche politische und gewerkschaftliche Leitung der Breslauer Arbeiterbewegung wird beauftragt, Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet sind, die oberösterreichischen Arbeiter mit ihren Familien in jeder Hinsicht und mit allen Mitteln erfolgreich zu unterstützen.

Gestern fanden in Berlin drei große Kundgebungen statt, bei denen von bekannten Parlamentariern gegen den Versuch einer Teilung Oberösterreichs protestiert wurde. In einer Entschließung wird gefordert, daß die Entente für die Sicherheit in Oberösterreich sorgen solle. Nur wenn Oberösterreich bei Deutschland verbleibe, könne es an der europäischen Aufbauarbeit teilnehmen.

### Polen soll an Italien stehen.

Rom, 18. Mai. Die Agenzia Stefani meldet: Graf Sforza hat festgestellt, nachdem er von den Verleuten der italienischen Truppenabteilungen in Oberösterreichs Kenntnis erhalten hat, General de Marini beauftragt, Entschädigungen zu fordern. Die interalliierte Kommission in Doppel setzte die Entschädigungssumme auf sieben Millionen italienische Lire fest, die Polen bezahlen muß. Eine Abordnung polnischer Bauern aus Oberösterreich bezog sich nach Warschau zum General Komel, dem Führer der italienischen Militärkommission und hat ihm einige Millionen deutsche Mark zugunsten der italienischen Opfer und ihrer Familien an. General Komel hat im Einvernehmen mit der italienischen Generalität dieses Angebot abgelehnt.

### Bis zum letzten Mann . . .

Der Kriegszug des Kreises Kreuzburg (O.-S.) veröffentlicht folgende Mitteilung:

Von dem zum Schutz des Kreises Kreuzburg bestimmten französischen Truppen schmählich im Stich gelassen, haben die Einwohner des Kreises Kreuzburg (O.-S.) in der höchsten Not zu den Waffen gegriffen, um Haus und Herd gegen die Angriffe polnischer Verbände zu verteidigen. Seit zehn Tagen stehen sie im Kampf auf Leben und Tod gegen diese Verbrecher. Ohnmächtig sieht seit zehn Tagen die interalliierte Kommission diesem Kampf zu. Mit leeren Worten und Versprechungen, wie sie bisher uns gegeben sind, ist es nicht mehr getan.

Wir, die berufenen Vertreter des Kreises Kreuzburg, verlangen, daß die interalliierte Kommission ihre Pflicht und Schuldigkeit tut und sich bereit erklärt, die anvertrauten Landes einzusetzen, um die Sicherheit zu gewährleisten. Nachdem die französischen Truppen bei der Bekämpfung des Aufstandes völlig versagt haben, fordern wir sofortige Sicherung der gefährdeten und von den Verbänden schon besetzten Gebiete durch englische oder italienische Truppen. Solange diese Forderung nicht erfüllt wird, sind die Einwohner des Kreises und des Wüstungsgebietes Ramesau entschlossen, ihre Heimat bis zum letzten Mann zu verteidigen. (Folgen Unterschriften.)

### Die erste Goldmarktagung.

Wie von zühändiger Stelle mitgeteilt wird, hat die Regierung als erste Maßnahme die im innerhalb 25 Tagen fällige Milliarde Goldmark eine Rate von 150 Millionen fast ganz in a u s l a n d i s c h e n D e n i e n z n e n g e s e h t. Dieser Betrag steht zur Verfügung und wird überwiesen werden, sobald die Reparationskommission die Empfangsbescheine genant hat. Vor Ablauf der Frist wird noch eine weitere Zahlung in Bar erfolgen, der übrige Teil in Schatzscheinen.

### Keine Saarhohe nach England.

Saarbrücken, 18. Mai. Bei den gestern in der Bergwerksdirektion zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Bergarbeiter und Metallarbeiterverbände abgehaltenen Lohnverhandlungen erklärten die Vertreter der Arbeiter, daß sie den Verband von Saarhohe nach England nicht dulden können. Das Solidaritätsgefühl sei bei den Bergarbeitern sehr stark ausgeprägt, und sie s ä g e n e s v o r, F e i e r s c h i e n i s s z u v e r f a h r e n, a l s S t r e i k b r e c h e n d i e n s t z u s e t z e n. Die französische Direktion erklärte, daß ein direkter Verhandlung nach England nicht stattfinden, daß sie aber durch den Streik neue Möglichkeiten gewonnen hätte, und daß die Bergarbeiter, falls dieses Abhörgebiet nicht gewonnen worden wäre, im Monat Mai nur 17 Schichten hätten verfahren können.

## Die gute alte Zeit.

Die Deutschnationalen meinen ihr heiße Tränen nach und können gar nicht genug den früheren Dealzustand loben. Ja, es war eine gute Zeit für die Junter und Agrarier, die heute als deutschnationalen „Volk“ firmieren. Nach dem Staatsbankrott gab es 1912 in Preußen:

- 11 Minister, davon 7 adlige, 4 bürgerliche
- 12 Oberpräsidenten, davon 10 adlige, 2 bürgerliche
- 36 Regierungspräsidenten, davon 20 adlige, 16 bürgerliche
- 497 Landräte, davon 276 adlige, 221 bürgerliche

Also ein starkes Ueberwiegen des Adels, der aber nach damaliger konservativer Behauptung keinerlei Bevorzugung genoss. Die bürgerlichen Inhaber der Beamtenstellen rechneten auch zur Clique, denn sie wurden sorgfältig ausgepickt. Nicht jedem Sterblichen, der die Rechte studiert und seine Examen mit Glanz bestanden hatte, blühte das Glück, in die innere Staatsverwaltung zu kommen. Gute Familienbeziehungen mit der junterlich-agrarischen Sippe und entsprechende Gefinnungstüchtigkeit waren allein ausschlaggebend. Daraus entstand eine maßlose Ueberhebung des Verwaltungsjuristen über den Gerichtsjuristen. Der jüngste Regierungsdirektor dürfte sich erheben gegen den ältesten Vorkonzeptionsdirektor. Aus diesem Gegensatz konnte man in der Praxis das erstensliche Scheitern erleben, wenn diebische Angelegenheit das Oberverwaltungsgericht und das Sammergericht befristete — einmal als Verwaltungstreitfache, das andermal als Strafsache —, daß die beiden höchsten preussischen Gerichte gegeneinander entschieden, und zwar im Namen des Königs von Rechts wegen.

Noch intensiver wurde das Ausbeutungsgeschäft für den diplomatischen Dienst getrieben. Die diplomatische Tugend hat uns mit ihren Stimpferleistungen in den Weltkrieg getapert und nach Versailles geführt. Und da selbst man von Dolchjähren in den Rücken.

Junter und Agrarier hatten sich ein hübsches System zur Ueberhebung und Ausbeutung des Staates zurechtgemacht, gegen den Ueberlieferungen ihrer Vorfahren, welche entweder die Kaufleute plünderten oder die Bauern schändeten, selbst aber die Arbeit verachteten. Die maßgebenden Stellen in der Staatsverwaltung wurden ausschließlich aus der Clique besetzt. Damals war das noch keine Futtertröpcher der Herrschaft. Dadurch hatten Junter und Agrarier die Verwaltungsmacht in den Händen, schonten sich in der Steuererhebung und schonten sich Liebesgaben und Portentente aller Art zu. Es ist kein Geleg in Preußen beschlossen worden, in welchem nicht verurteilt wurde, den Agrariern eine E r t r a u r k z u b r a u e n. Das Begehren der Steuern überließ man den großen Städten, der Industrie und dem Handel mit ihren Angestellten und Arbeitern. Der Agrarier wurde sich geschickt von der Steuer zu drücken. Das platze dann aber leitungslos hingefallen und ihm noch obenendrein ungefähre Millionen als Dotationsrenten beschied. Nicht nur im Saate, sondern auch in der Provinzen und Kreisen hatten Junter und Agrarier das Szepter in den Händen, ließen die Steuern von den Städten bezahlen und die Gelder nach Willkür für ihre Zwecke verwenden. Ein von diesem Staate ausgehendes Staatsdefizitum hat der Bevölkerung ein solches schändliches System als die einzig wahre, von Gott gewollte Drogelie hinstellen müssen. Für Wohlstand und Kulturwende wurden nur Gelder bewilligt, wenn sie dem eigenen Interesse zugute kamen; sonst hieß es: T a g e n z u. Es sei nur daran erinnert, daß die konservativen Elemente den Bau des Kanals vom Rhein zur Elbe aus Miguant gegen den industriellen und fortschreitenden Westen hintertrieben, der Kanal, der uns während des Krieges so bitter fehlte. Die hochadligen, sogenannten **Ständeherrn** zahlten bis 1896 überhaupt keine Steuern, ein „Recht“, welches nach aus der Raubritterzeit herrührte, man konnte diesen landadeligen Zustand nicht länger aufrecht erhalten, führte die Steuerpflicht ein und bewußte den armen Ständeherrn für die Aufgabe des „Rechts“ A b s t i n d u n g e n, deren Zinsen zur Bezahlung der Steuern für immer hingekürzt hätten.

Natürlich können sich die Junter und Agrarier nicht daran genöden, daß die Revolution mit diesem Charakter des Staates als Familiengut aufgeräumt hat. Daher das Geheiß über die heutigen Zustände und der Ruf nach Wiederkehr der Monarchie, nicht aus Liebe zur Monarchie, sondern im eigentlichen egoistischen Interesse. Der schöne Vers:

„Und der König absolut,  
Wenn er unsern Willen tut“

hammt aus preussischen, konservativen Kreisen und bezeichnet genau die Königstreue und das monarchistische Gefühl dieser Gesellschaften.

Leider ist es noch nicht möglich gewesen, die Staatsverwaltung genügend zu demokratisieren. Der größte Teil des alten, höheren Beamtenums mußte bleiben. Bei der einstigen Art, mit welcher früher diese Vertreter ausgepickt und ertragen wurden, ist nicht damit zu rechnen, daß die in der Staatsverwaltung verbliebenen Mitglieder des alten Systems der Republik besondere Hochachtung entgegenbringen.

Die neuen Männer, welche in Verwaltungsstellen berufen sind, betrachtet man im Stillen als lästige Eindringlinge. So hat auch der Reichsratsauschuss zur Einberufung überaus Bedacht auf die Besetzung der Stellen durch herausragende, als er das Verbot des Oberpräsidenten Höflich der „Halleschen Zeitung“ aus formaljuristischen Gründen aufhob. Tatsächlich hatte Höflich recht mit dem Verbot, denn selbst in einstimmigen deutschen Kreisen wird die „Hallesche Zeitung“ noch für schlimmer als der „Kasseler“ in dem Gemühen um die Vergütung der Bevölkerung gerade Mitteldeutschlands angesehen. Diese folgen interessanter ansehender Mitglieder des Ausschusses nicht, Saupflanz ist — wie die „Hallesche Zeitung“ triumphierend verkündet —, daß dem Einberufung Höflich befehligt ist, er gehöre nicht in Stellen, die in der guten alten Zeit zu ihm Adel besetzt wurden.

Soll die Republik nicht zugrunde gehen, so müssen ihre Anhänger aus allen Kreisen der Bevölkerung den deutschen Annahmen rücksichtslos entgegenzutreten, und gerade die Arbeiterkraft hat die größte Pflicht nach dieser Richtung. Sie darf ihre Kraft nicht in einem Parteigewinn verstreuen, sondern muß im eigenen Lebensinteresse einig sein. Die christlich organisierten Arbeiter mögen daran ermahnt sein, daß ihr Führer Stegerwald von den günstigen Deutschlandern ebenso als lästiger Eindringling angesehen wird, wie ein sozialdemokratischer Minister oder Oberpräsident.

Vor allen Dingen heißt es, konsequent und mit allem Nachdruck in der Demokratisierung der Verwaltung fortzuführen, jeder Stillstand ist Rückschritt. Dazu muß aber die Arbeiterkraft durch Einigkeit selbst beitragen. Sie darf sich von den deutschen Nationalen Mäßen über die gute alte Zeit nicht einfangen lassen.

### In die Kulturkationen der Welt

Kattowitz, 15. Mai. (WZB.) Die deutschen Parteien und Gewerkschaften richten an die Kulturkationen der Welt folgenden Antrag:

Am 20. März 1921 hat die überwältigende Mehrheit des oberdeutschen Volkes sich für den Verbleib bei Deutschland ausgesprochen. Die Mehrheit lag in vollem Vertrauen der Entscheidung der Obersten Räte entgegen.

Am 3. Mai 1921 hat der Teil der polnischen Arbeiter, die unterstützt durch fanatische Scharen, zu den Waffen gegriffen, um durch Gewalt der Entscheidung über das Schicksal Oberdeutschlands vorzugreifen. Seit diesem Tage ist die friedliche Bevölkerung Oberdeutschlands allen Schreden und Grausamkeiten des bis aufs kleinste vorbereiteten bewaffneten Auftrugs ausgesetzt, der durch Mord, Raub, Plünderung und Verschleppungen gekennzeichnet ist.

Die internationalisierte Kommission hat stets Mittel gefunden, die freie Willensäußerung der deutschgeheimten Bevölkerung Oberdeutschlands zu zügeln. Den bewaffneten Rebellen gegenüber findet sie nur papierne Besatzungen an. Während Italiener und Engländer in treuer Willensäußerung ihr Leben eingesetzt haben, sieht die internationale Kommission in den polnischen Aufständigen gegenüber. Französische Soldaten haben den Jugendlichen Gemeine überlassen, französische Soldaten verdrängen sich oft mit den Rebellen. Unter den Augen des französischen Militärs werden Deutsche verprügelt, gefoltert, misshandelt, beraubt und ausgeplündert. Die deutsche Presse wird mit schärfster Zensur an wahrheitsgetreue Berichterstattung verhindert. Die polnische Presse hegt unter derselben Zensur tagtäglich gegen alle Deutsche, bringt täglich neue blutdürstige Auftrüge und darf ungehindert die der Autorität der internationalisierten Kommission höhnisch sprechenden Verordnungen der Aufständigen veröffentlichen.

Deshalb in der Stadt Kattowitz das Standrecht verhängt ist, plündern bewaffnete Infiltranten unter Gebrauch von Schusswaffen und Handgranaten. Trotzdem versuchen französische maßgebende Stellen in Kattowitz

dieses verbrecherische Treiben der polnischen Rebellen den Deutschen aufzugeben.

Der französische Ministerpräsident fälscht die Wahrheit, indem er die von der Oberdeutschen Grenzzeitung, dem offiziellen Organ des Rebellenführers Marjany, veröffentlichten aufwieglichen Nachrichten als aus dem französischen Parlament herausgegeben darstellt. Frankreichs offizieller Charakterismus und Imperialismus haben sich in Oberdeutschland bereit, um das Recht zu beugen. Nie ist eine hohe Mission höher missachtet worden, nie ist härter der Versuch in Erscheinung getreten, der Gewalt zum Sieg über das Recht zu verhelfen.

Wiederholt haben wir die Hilfe der internationalisierten Kommission angefordert. Am 3. Mai hat sie öffentlich feierlich erklärt, sie werde vor keinem Mittel zurücktreten, die geschilderten Zustände wiederherzustellen. Von dieser Zusage ist nichts eingeleistet worden. Der Aufstand hat weiter sich dahin unbehindert gebildete Gebiet ergriffen. Ohne jeden Schutz sind wir von der durch den Friedensvertrag dem beauftragten internationalisierten Kommission der Gewalt der Rebellen ausgeliefert.

In dieser höchsten Stunde der Not und Verzweiflung wenden wir uns mit dem ganzen stilligen Ernst eines verzweifelnden Volkes an die Kulturkationen des Erdballes mit dem Ruf:

Tretet ein für unsere sofortigen Schutzhilfe uns zu unserem Rechte!

Der Aufruf ist von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie von den bürgerlichen Parteien unterzeichnet. Ferner trägt er die Unterschrift des all gemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christlich- sowie des Gewerkschaftsringes (Christlich-Lutherische Gewerkschaften).

### Die Welt zur Aufhebung der Selbstschutzorganisationen.

Berlin, 18. Mai. Eine Note der internationalisierten Militärkommission enthält die Ausführungsbestimmungen betreffend die Entlassung der von dem 5. Mai 1921 die Ablieferung des Materials, Vernichtung der Selbstschutzorganisationen und Herabsetzung der Selbstschutzkräfte festgesetzten Fristen erlassen bis zum 30. Juni 1921. Die Kommission befehlet darauf, der grünen Polizei den Charakter einer mobilen militärischen Streitmacht zu nehmen. Eine Note der Aufständigenkommission wiederholt die bekanntesten Forderungen des Berliner Diktats vom 29. Januar 1921 auf dem Gebiet der Zufuhr, zu deren Erfüllung sich Deutschland in einer Antwortnote bereit erklärt.

Das Auswärtige Amt hat die Note der Kontrollkommission in zustimmendem Sinne beantwortet.

Die Bestimmungen fordern bezüglich des 100 000 Mannes Heeres Mittelteil der zur Auslösung der von der Kommission beauftragten Läden im Bezugsgebiet notwendigen Gelegeten und Wäpchen des Jeneinlangbringens der Organisations des Heeres mit den Bestimmungen des Friedensvertrages bis zum 15. Juni. Bezüglich des Kriegsmaterials wird gefordert, daß die von der Kommission festgesetzten Höchstzulassungen vor dem 20. Mai 1921, mittags 12 Uhr, anerkannt werden. Die Ablieferung des auf Grund dieser Höchstzulassungen berechneten überschüssigen Materials muß vollständig bewirkt sein für jede Art von Waffen am 10. Juni, für übriges Kriegsgüter am 30. Juni. Die Ablieferung der Waffen, die von der Bevölkerung herkömmt, muß vor dem 10. Juni vollständig beendet sein. Die nicht genehmigte Auslieferung der Waffen für den weiteren Einsatz bis zum 31. Mai vollständig abgeleitet sein vor dem 31. Mai. Die Bestimmungen über die Auflösung und Entwerfung der Selbstschutzorganisationen. Ihre Auflösung muß bis zum 30. Juni bewirkt werden. Die Liste der von der deutschen Regierung aufzulösenden Organisationen muß vor dem 31. Mai der Kommission mitgeteilt sein. Die Entwaffnung muß vor dem 10. Juni vollständig beendet sein. Der Rest an Waffen und Munition muß bis zum 30. Juni abgeliefert sein. In einem weiteren Abschnitt enthält die Note Bestimmungen über die Polizei, deren Organisation und Stärke mit den Bestimmungen der Noten von Brüssel und Paris in Einklang gebracht werden müsse.

Inbesondere besteht die Kommission darauf, die grünen Polizei den Charakter einer mobilen militärischen Streitmacht zu nehmen, die Selbstschutzkräfte abzubauen, jeden Personaltausch zwischen Polizei und Meer zu unterbinden, den Selbstschutz wieder ihren Vorkriegscharakter zu geben, alle Selbstschutzformationen abzulösen und schließlich die Selbstschutzkräfte aller Selbstschutzorganisationen, des uniformierten und nichtuniformierten, auf die Zahl von 100 000 Mann herabzulassen. Die Höchstzulassungen von 100 000 Mann müssen bis zum 15. Juli bewirkt sein und die entsprechenden Anweisungen der Kommission vor dem 15. Juni mitgeteilt werden. Waffen und Munition jeder Art, die nicht genehmigt sind und sich noch in den Händen der Polizei befinden, müssen vor dem 31. Mai abgeliefert werden. Am 20. Mai, mittags 12 Uhr, hat die deutsche Regierung mitzuteilen, daß sie die Liste der Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen dürfen, anerkannt hat. Der von den Militär- und Marinekontrollkommissionen am 7. April geforderte Gelegeten zur Ablieferung der in den Artikeln 170 und 192 des Friedensvertrages festgesetzten Ein- und Ausfuhrverbote für Kriegsmaterial ist den Kommissionen spätestens bis zum 30. Juni mitzuteilen. Die Note stellt ferner ein Entschließen um Sicherstellung der Freiheit der Kontrolle und fordert, daß zu diesem Zweck ergangene Anweisungen der Kommission vor dem 30. Juni, mittags 12 Uhr, mitzuteilen sind.

### Wies wieder klar.

Sonden, 18. Mai. Salomatisch verlautet, daß infolge des Meinungsunterschiedes zwischen Downingstreet und Paris die Mißverständnisse, die zwischen Briand und Lloyd George zu bestehen schienen, zum großen Teil beseitigt erdienen. Man hält es hier für wahrscheinlich, daß ein nichtamtlicher Vertreter der Vereinigten Staaten zur Teilnahme an den Beratungen über Oberdeutschland eingeladen wird. Lloyd George wurde gestern abends aus Gisors zurück erwidert.

Sonden, 18. Mai. Briand erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Exchange Telegraph Company, bisher liegt bezüglich einer Zusammenkunft mit Lloyd George noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Er sagte ferner, Frankreich werde keine neuen Truppen nach Oberdeutschland entsenden. Es werde mit dem noch Friedensvertrag festgesetzten Truppenkontingent an der Aufrechterhaltung der Ordnung in Oberdeutschland teilnehmen. Briand erinnerte daran, daß ursprünglich die internationalisierte Kommission für die Zustellung Oberdeutschlands an Polen gemeint sei, und daß sogar die englischen Vertreter diese Ansicht unterließen.

Sonden, 18. Mai. Der diplomatische Mitarbeiter des Goening Standard schreibt, die französische und englische Regierung arbeiten gemeinsam an einem Uebereinkommen, das vollständig zu einer Lösung der oberdeutschen Frage führen werde. Briand, der Donnerstag in der französischen Kammer eine hochbedeutende Erklärung abgegeben wurde, hielt in demselben Sitzung mit Lloyd George, Bosticher Harding und Lord Curzon.

### Die bürgerliche Wladpolitik in Italien gelehrt.

#### Keine Schwächung der Sozialisten.

Rom, 18. Mai. (Privattelegramm.) Die fortschreitende Ausdehnung ergibt immer deutlicher das Scheitern der Wladpolitik. Die offiziellen Sozialisten scheren mit mindestens 100 000 Wähler geschwächt zurück. Die Popolari bleiben mit 100 000 Wähler hart. Unter den Bürgerlichen wurden gerade die antioberdeutschen Sozialisten und Nationalisten von der Wladpolitik begünstigt, indem sie 25 statt fünf Mandate erhielten.

Das „Berl. Tageblatt“ und andere bürgerliche Zeitungen schrieben gestern schon von einer Niederlage der Sozialisten. Nach den letzten Wahlen über die Wahlen kann mit Zug und Recht der Schluß gezogen werden, daß die Sozialisten einen Sieg errungen haben, wenn die ungeheure Unterdrückung und Verfolgung der Sozialisten in Betracht gezogen werden.

#### Das Wüten der Faschisten.

Am Sonntag Abend kam es in Cremona zwischen Kommunisten aus den Vorstädten und Faschisten zu einem Feuer-

### „König Koble.“

Roman von Upton Sinclair. (Nachdruck verboten.)

Der Bergbaupraktant vom Nord-Pal war berast erregt, daß er nicht mehr stillhören konnte. Aller Verrger, alle Sorgen seines unruhigen Lebens fluteten ihm durchs Gehirn, er schritt auf und ab, sprach, ohne sich nur aufzuheben, ob das süßere oder nicht.

„Ein Dager kaufer Ausländer! Sie verstehen kein Wort einer zivilisierten Sprache, haben nur einen einzigen Gedanken im Kopf: sich von der Arbeit zu brüden, wo sie können, ihre Karren mit Schiefer und Gestein zu beladen und die Schuld einem anderen in die Schuhe zu schieben. Auch das Trinken nicht zu vergessen! Sie arbeiten nicht ehrlich, kämpfen nicht ehrlich, der Wessertisch aus dem Hinterhalt ist bei ihnen Sitte! Und dann kommt Ihr Kapitalisten, derer Mittel und Symmetrie. Warum, zum Teufel, kommen die Leute denn in dieses Land, wenn es ihnen nicht mehr zulagt, als ihr eigenes?“

„Hal hatte diese Frage bereits früher gehört. — doch mußten sie noch immer auf das Automobils warten, außerdem wollte er, da er nun schon einmal ein Kapitän war, seinem Gegenüber so viel Verrger wie möglich bereiten. Der Grund ist doch ganz klar,“ entgegnete er. „Erzählen denn die Agenten der Allgemeinen Weltgesundheits-Gesellschaft im Ausland nicht Wunderdinge von dem hohen Wohlstand, die man in Amerika erduldet!“

„Erhalten sie die Leute denn nicht? Die Döhne hier sind dreimal so hoch wie bei ihnen zu Hause.“

„Ja, aber feiner hat ihnen davon, die Agenten verstehen zu erzählen, daß hier alles noch viel mehr toller, als die Döhne ausmachen. Außerdem bringt man den Leuten bei, Amerika sei ein Land der Freiheit, und so kommen sie, alles Gute, für sich und ihre Kinder erhoffend. Und was finden sie hier? Einen Bergbaupraktant, der seine ganze Geographie berient hat — und meint, die Hoch Mountains seien irgendwo in Rußland.“

„Ich kenne das Geshwätz!“ rief ungeduldig der andere. „Auch ich habe in meiner Jugend bei Sternensommer gefährt, aber ich habe verstanden, daß die Hoch Mountains, und daß sie etwas anderes, als eine 4. Juli-Feier zu veranlassen. Da haben die Arbeiterleute ein Geis gegen Sonntagsarbeit gemacht. Was ist das Resultat? Daß die Leute sechsdreißig Stunden Zeit haben, sich zu besaufen und am Montag arbeitsunfähig sind.“

„Dagegen gibt es doch ein Heilmittel, Cotton. Wenn die Gesellschaft zum Beispiel keine Schanzräume vormetzte?“

„Großer Gott! Glauben Sie denn, wir hätten's nicht verstanden? Dann gehen die Leute nach dem Weg, den ich Ihnen zeigen will, in Plätzen so viel Alkohol zurück, wie sie nur tragen können. Wird das verboten, so wandern unsere Arbeiter nach anderen Gruben aus, wo sie ihr Geld ausgeben können, wie es ihnen beliebt. Nein, junger Mann, solche Gruben kann man nur mit der Knute behandeln! Und dazu gehört eine starke Hand — gehört ein Mann wie Peter Harrison. Braucht man Koble, soll die Industrie weiterkommen, fortichritt...“

„Das ist auch in unserem Rechte enthalten,“ erbrach ihn Hal und sang:

„Er treibt sie und treibt, der schliche Kauf,  
Die Räder der Industrie,  
Seiner Pflanze und seinen Schülern galieb,  
Seiner Schulen Philosophie.“

„J.“ brumpte der Bergbaupraktant, „es fällt euch jungen Menschen gar leicht, Verse zu machen, während ihr bequem von des alten Mannes Wohlstand lebt. Damit wird meine Frage aber nicht beantwortet. Wollt ihr Studenten die Zeitung übernehmen? Oder etwa diese demokratischen Sozialisten, die herkommen, als wenn sie etwas gegen die Arbeiter, Arbeitergelegeten aber das Geshwätz machen...?“

„Ich fange an zu verstehen,“ sagte Hal. „Sie mögen die Sozialisten nicht, die die Rechte der Arbeiter, bagewöhnlich ihre Rechte und weigern sich daher, sie zu befolgen. Warum sagen Sie denn nicht früher, daß Sie ein Anarchist sind?“

„Anarchist!“ stürzte der Bergbaupraktant. „Ich ein Anarchist!“

„Sie handeln doch wie ein Anarchist!“

„Großer Gott! Das ist die Grenze! Da kommen Sie gegen die Leute auf — ein Gemeindeführer oder was Sie sein mögen — und dabei wissen Sie genau, daß diese Leute, sobald sie losbrechen, Dynamit in die Schächte legen und die Gebäude ansänden.“

„Tun Sie das?“ Erstaunen sang aus Hals Stimme.

„Dabei Sie denn nicht gesehen, was im letzten großen Streit vorfiel? Der fauerzähigste alte Arbeiter, der Erdrom, führte ihnen davon erzählen; der hat damals auch zu der Bande gehört.“

„Nein,“ sagte Hal. „Sie irren. Erdrom hat eine andere Philosophie. Doch haben die anderen es sicher getan, und ich ist hier an, kann ich dies auch verstehen. Als sie die Häuser anzündeten, glaubten sie wohl, daß Sie und Nec Stone darin seien.“

Der Bergbaupraktant stieß ent.

gefeht. Die Verstehe der bewaffneten Macht, die die Ruhe wieder herstellte, betragen 4 Schwereartillerie und 7 Leichtverstehe. — In Blatze 10 kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Faschisten, bei dem 2 Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

### Zur Kabinettsbildung in Italien.

Rom, 18. Mai. (Stephan.) Nach den letzten Nachrichten sind Giolitti und alle Minister sowie die ehemaligen Ministerpräsidenten Orlando, Giolitti und Nitti, ferner der frühere Kammerpräsident De Sanctis, wiederberufen worden. Auch die sozialistischen Führer Turati und Treves, der Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Darogano und der Führer der Popolari Teba sind wiedergebend.

### Kapitalismus und Sowjetland.

Paris, 18. Mai. Nach einer Hasensammlung wurde hier gestern ein Kongreß von Vertretern der Industrie, Handels- und Banktreue von Russland eröffnet, die den Zweck hat, eine Bilanz des bolschewistischen Regimes in Russland aufzustellen, die Möglichkeiten für die Wiederaufrichtung des russischen Volkes zu erörtern und die Frage der Teilnahme ausländischen Kapitals bei dieser Wiederaufrichtung zu prüfen.

### Zum Ausbruch in Mesopotamien.

London, 18. Mai. Reuters meldet, daß die Räumung Nordwestpersiens durch die britischen Truppen ihren Fortgang nehme. Die britischen Truppen seien in Kermanscha angekommen, das heißt an der Grenze von Mesopotamien.

London, 18. Mai. Reuters meldet, daß in Mesopotamien die Ruhe wieder hergestellt ist. Nordöstlich von Mossul haben britische Jäger die Kurden vertrieben.

### Aus dem fernem Osten.

NZ. Die Beziehungen zwischen Japan und der von der russischen Sowjetrepublik abgetrennten Republik des fernem Ostens haben sich in letzter Zeit wesentlich verschlechtert. Japan, das große ökonomische Interessen in Ost-Sibirien hat, zieht seine Truppen, trotz mehrmaligen Versprechens, aus dem Gebiet von Wladiwostok nicht zurück. Die Regierung der Republik des fernem Ostens ist natürlich sehr aufgebracht über die dauernde Okkupation dieses ökonomisch wichtigsten Gebietes der Republik.

Die feindselige Haltung der Regierung der Republik des fernem Ostens gegenüber Japan ist außerdem auch auf die Unterdrückung der Moskauer Sowjetregierung zurückzuführen. Moskau hat, wie aus verschiedenen Nachrichten aus Sibiria ersichtlich ist, der Republik versprochen, gegenwärtig die Republik militärisch zu unterstützen. Da Japan aber scheinbar nicht die Absicht hat, seine Truppen aus Wladiwostok und dem Gebiet von Amur zu entfernen, andererseits aber die Moskauer Regierung die Regierung der jungen Republik zu einer herausfordernden Haltung anspornt, so ist damit zu rechnen, daß in nächster Zukunft im fernem Osten mancherlei Komplikationen entstehen werden.

### Für den Anschlag auf Deutschland.

Salzburg, 19. Mai. Die Vereinnahmung des Vereins für das Deutschum im Ausland und des Deutschen Schulvereins wurde vorgestern in einer Festsammlung im Stadttheater offiziell vollzogen. Bürgermeister Preis erklärte, man könne den Anschlag verbieten, aber nicht verhindern, sich gegenseitig zusammenzuschließen. Der Obmann des Deutschen Schulervereins Dr. Groß legte seine als nächste Aufgabe die Wiederherstellung der zwischenmenschlichen Beziehungen durch Aufhebung aller politischen und kulturellen Schranken. Der erste Vorsitzende des Vereins der Deutschen im Ausland, Dirlens, übermittelte den Dank der Reichsdeutschen für den warmen Empfang.

## Die reaktionären Bolschewisten.

Nachdem der Kauf, in den die Errichtung der Sowjetdiktatur in Russland das Proletariat fast aller europäischen Länder versetzt hat, allgemein eine starke Enttäuschung erfahren hat, werden sich immer mehr Kritiker der russischen Zustände, nicht allein der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen, zu Wort gemeldet. Es ist bekannt, daß die Räuberplünderung des Proletariats die politische Macht in die Hand gibt, und alle Anbeter der Moskauer Tischen sowieso immer noch darauf, jetzt ist im „Tisch-Bericht“ ein Buch erschienen, das diesen Glauben wiederum einen argen, den bisher größten Stoß versetzt. Nachdem die ungestüme Heimskehr der nach Russland ausgewanderten deutschen Arbeiter ein so großes Licht auf die dort herrschenden Zustände warf, nachdem Martow, der Führer der Menschewiki, in seinen Artikeln und Reden als Anführer gegen die Bolschewisten auftrat, schloß sich ihm jetzt wirkungsvoll Wiktor Tschernow an, der Führer der rechten Sozialrevolutionäre. Tschernow ist, erzählt der Leser aus der Vorrede zum dem Buche, die der Tisch-Bericht schrieb. Darin heißt es: „Der Bolschewismus macht in Russland im Augenblick eine Krise durch, deren Heftigkeit von der Laskade illustriert wird, daß Lenin und Trotski sich einer ständig wachsenden Opposition in ihren eigenen Parteikreisen zu erwehren haben. In dieser Situation wird das vorliegende Buch ganz besonderem Interesse begehen. Ein politischer Waffenkammer der heutigen bolschewistischen Machthaber aus der zaristischen Zeit tritt hier als Anführer gegen seine ehemaligen Waffengefährten auf. Tschernow, der Führer der russischen Sozialrevolutionäre, geteilt in geteiltenden Egoismen, die die Schicksale, die er und seine Familie seit dem Aufkommen des Bolschewismus in Russland erlitten haben. Tschernow wird gehen und verfolgt, wie nur je die zaristische Polizei einen Sozialisten gefolgt hat. Die Frau und die Kinder des heroischen Sozialisten, die in die Hände der Bolschewisten gefallen sind, werden einer langen Folter unterworfen, um ihnen die Angabe des Aufenthalts Tschernows abzupressen. Wie der Sozialist Tschernow immer wieder den Händlern seiner ehemaligen Freunde entgegen, das ist mit wundervoller Gestaltungskraft geschildert.“

„Zit das Buch ein einzig dastehendes Dokument für die Charakteristik der Bolschewisten, so ist vielleicht noch höher zu veranschlagen sein Wert als Kulturbild. Wohin die Herzen von Moskau das große Außenreich gebracht, das wird in großen, einprägnanten Linien vor das Auge des Lesers gestellt. Diese Seite der Arbeit Tschernows ist besonders wichtig, wenn man gelehen hat, in wie oberflächlicher, flüchtiger und sensationell aufgesetzter Art sich gewissermaßen die Presse in der letzten Zeit über Russland aufgeworfen haben.“

„Wiktor Tschernow: Meins Schicksale in Sowjetrußland. Was der russischen Revolution überlebt von Eines herausgegeben aus dem Selbstbild „Ausland und Wieder“. „Der Arbeiter“ Nr. 10, 1920, S. 102.“

„Wiktor Tschernow gehört zu den heroischsten Männern des heutigen Russland. Aber diese Stellung kommt — im Gegensatz zu so vielen neugeborenen Berühmtheiten Sowjetrußlands — nicht von heute und nicht von gestern. Bereits seit etwa 30 Jahren ist Tschernow das unumstrittene Haupt der sozialrevolutionären Partei Rußlands. In der ganzen Geschichte des Kampfes gegen den Zarismus steht diese Partei mit an erster Stelle; ja, man kann sagen, sie war die Seele dieser Kampfbewegung: nach ihrer Grundidee von der „Initiation der Partei“, die durch die Befreiung der Partei, das Volk, mit fortsetzt, und wußte sie in den entscheidenden Momenten des Kampfes gegen den Zarismus eine beispiellose revolutionäre Energie, wobei ihre extremen Anhänger selbst vor terroristischen Akten gegenüber denen, die ihnen als lebendige Verkörperung des verhassten Regimes erschienen (o. Plehwe, Sippagin, Stolpin, Großfürst Sergius u. a.) nicht zurücktraten. (Auf dem 9. Parteikongreß wurde der Terror allerdings verworfen.) Daß alle Anhänger der sozialrevolutionären Partei den schärfsten Verfolgungen durch den Zarismus ausgesetzt waren, versteht sich danach von selbst. So mußte auch Tschernow in der Heimat vielfach ein illegales, „unterirdisches“ Leben führen: von seiner Betätigung mit den Jagdmethoden der verurteilten „Dritten Abteilung“ des Zarenregimes legt auch die gegenwärtige Schrift hinreichend Zeugnis ab. Wie so viele freilebende Politiker des zaristischen Rußlands lebte er aber auch viel im Auslande, besonders in der Schweiz und in Frankreich als politischer Emigrant.“

In dem Buche selbst gibt dann Tschernow zunächst einen gebräugten, für den Leser aber ungeheuer instruktiven Bericht über die Kämpfe zwischen Bolschewiki und die von ihnen gelungene Konstante, zwischen Bolschewiki und den Koltshattruppen, die Rolle der Tischen dabei und wie die Anhänger der Konstante bauernd Gefahr liefen, von beiden Seiten gemauehelt zu werden. Diese Geschehnisse geben den direkten Anlaß, daß Tschernow unter falschem Namen und unter Entstellung seines Auseren nach Moskau zurückkehrt, um hier illegal zu wirken. Ueber seine Tätigkeit ist ja in kurzen Notizen früher schon einiges in die ausländische Presse einer Verleumdung der Druckerarbeiten in Moskau, die veranlaßt wurde zu Ehren einer englischen Delegation, die voriges Jahr in Rußland war, und die Tschernow mit sich brachte. Tschernow selbst ist nun Tschernow über die Staatskunst der Bolschewiki, die sich in denselben Formen äußert, vielleicht noch einige Worte schärmer, als unter dem Zarismus. So heißt es an einer Stelle:

„Einmal sprachen die Bolschewiki im Tone der größten moralischen Entrüstung von dem zaristischen Geheimdienst, der das menschliche Gewissen entsetzt und mittels einer barbarischen Moralfolter — der Terrorisierung — wirkt. Es gab für sie keine Worte, die trag genug wären, die Geheimagenten — diese kleinen Aem-Fabrikanten aller Arten — zu brandmarken. Heute aber... heute richteten sie selbst schon lange die Fabrikation von Aem und brachten von der früheren Erfahrung nur noch eine Lehre mit, die in der „Geheiminstruktion“ die Form dieser Warnung annahm: „Man muß stets eingebend bleiben, das die Geheimagenten eine Doppelrolle spielen und es jederzeit verraten können.“ Im übrigen aber wurden die alten Dinge nur mit neuen Namen belegt. Statt der Geheimabteilung („Schranke“) erschien die besser klingende „Außerordentliche Kommission“, statt des Polizeiführers weit nicht weniger wohlklingende Wort „Scont“, die Kronatseure nennt man jetzt nicht „Informatoren“, nur zur Zeit Stolpins, sondern „Geheimagenten“. Das ist der ganze Unterschied. Die Forderungen der bolschewistischen Schranke sind aber durchweg noch härlicher als die Tätigkeit der zaristischen Odyonka...“

Für alle diese Behauptungen erbringt aber Tschernow auch die ausführlichsten Beweise, und damit kein Mensch ihn Lügner strafen könnte, werden diese Zustände in Russland noch bekräftigt durch ein Rundschreiben der deutschen Anarcho-Syndikalisten, das vor einiger Zeit den Redaktionen der Arbeiterpresse zugefandt wurde.

Aber aus dem Buche Tschernows erzählt man außerdem auch noch andere interessante Einzelheiten. Wie sehen z. B. die führenden Persönlichkeiten aus, mit deren Hilfe die Bolschewisten die erlehnte kommunistische Wirtschaftsform schaffen wollen. Es sind nicht Arbeiter, die an heroischen Stellen stehen. Man sieht in dem Buche:

„Einer der in Europa am meisten bekannten Bolschewiki ist heute Krasin. Während aber die europäischen Sozialisten und Demokraten, was Krasin, von der Oktober-Revolution hat? Wissen sie, man hat unter solchen Umständen die erste Begegnung des reinen kommunistischen-Internationalisten Krasin mit dem Sozialreformer Tschernow stattfand? Sie fand während einer Konferenz der Provisorischen Regierung statt, in der eine Delegation der Petrograder Industriellen erschien, um über die Anarchie, die Faustheit und die Begehrlichkeit der Arbeiter, die Zerstörung der Industrie durch die demokratische Politik der Provisorischen Regierung Beschwärde zu führen. Und an dieser Delegation, deren Vorkämpfer der frühere zaristische Minister Kuller war, der fast unumwunden der Regierung und den Arbeitern mit einer Auspersung drohte, nahm kein anderer teil als das Mitglied der Dritten Internationale, Krasin.“

Das Buch Tschernow über seine Schicksale gibt zu denken, damit gibt er aber auch die Hauptsache, die dem kommunistischen Arbeiter gerade in Deutschland notat. Mögen deshalb die kommunistischen Arbeiter von unseren Parteigenossen auf diese Schrift aufmerksam gemacht werden. Sie führt von einem Verfasser her, der mit der größten Gediegenheit ebenfalls den Kampf gegen die Kollasch und dessen Nachfolger in Russland propagierte, also von einem Verfasser, dem man nicht reaktionärer Beiträgen verdächtigen kann.

### Gert mit den „Volkgerichten“!

Der am letzten Freitag vom Reichstag gefasste Beschluß, die Beschlüsse der Sondergerichte hinsichtlich der Zuständigkeit für Jugendlich, der Bestellung eines Verteidigers mit der Einziehung einer Anklageschrift einzuführen, ist außerordentlich zu begrüßen. Im Zusammenhang hiermit muß namentlich mit allem Nachdruck die Forderung erhoben werden, daß durch eine weitere Verordnung die bayerischen „Volksgereichte“, die im November 1918 eingeführt wurden, sofort aufzuheben. Das Verordnen vor diesen Gerichten ist ein wahrer Hohn auf ihren Namen, der sie als Gerichte im Dienste des Volkes hinstellt. Die Beschuldigten werden auf Befehl der Staatsanwaltschaft, nicht des Richters, ins Untersuchungsgefängnis überführt. Eine schriftliche Anklage ist den bayerischen Volksgereichten fremd. Irrendliche Rechtsmittel gegen Urteile des Volksgereichts gibt es nicht. Selbst das Wiederaufnahmeverfahren ist unbekannt und kann selbst dann nicht durchgeführt werden, wenn die Anklage des

Angeklagten zutage tritt und der wahre Täter erst nachträglich ermittelt wird. Eine Grenze für die schäblichen wie zeitlichen Zustände der bayerischen Sondergerichte existiert nicht, so daß man mehr und mehr den Eindruck gewinnt, daß die bayerische Regierung längst darauf verzichtet hat, jemals wieder geordnete Rechtszustände in ihren Ministerial zu einzuführen. Die Regierung des Herrn v. Kahr heißt sich durch die letzte Zuzit ein schlechtes Zeugnis aus; jeder unbefangene Beurteiler der Dinge muß nachdrücklich die Ueberzeugung gewinnen, daß in Bayern die schweren Verbrechen an der Tagesordnung sind und von der obersten Justiz nicht erledigt werden können. Die Kriminalität eines Landes aber steht immer im engsten Zusammenhang mit seiner Politik. Der bayerische Ministerpräsident von Kahr weist mit mehr Stolz als Berechtigung bei jeder Gelegenheit auf die munterhaften Zustände in Bayern hin. Die Sonderjustiz, die unter seinem Regiment in Bayern ihre Genesensherberge ausübt, ist eine eigentümliche Illustrierung für derartige Behauptungen. Die bayerischen Sondergerichte haben auch den mindesten Schein einer Eritzenberechtigung verloren. Sie sind eine würdige Ergänzung der bayerischen Einwohnerversuchen, um deren Einrichtung willen die deutsche Republik in ihre jegliche geradezu fatalistische Lage geraten ist. Es wäre gut, wenn die Reichsregierung sich im Zusammenhang mit der bayerischen Entwaffnungsfrage auch mit der bayerischen „Volksgereichtsjustiz“ beschäftigen würde. Bisherig erhalten wir von Bayern authentische Mitteilungen über die Urteile, die seit dem November 1918 von den dortigen Gerichten gefasst worden sind. Eine derartige Unterrichtung der öffentlichen Meinung wäre um so dringender zu wünschen, als mit ihr gleichzeitig der Beweis für die Notwendigkeit einer sofortigen Aufhebung dieser Ausschmeijlungs erbracht wäre. Wenn Herr v. Kahr sich auf die Dauer zu schwach fühlt, seine Herrschaft auf eine Justiz zu stützen, die sicherlich ihrer ganzen Anlage nach nicht die „Befürchtung“ erweckt, sie möchte zu volkreundlich sein, so möge er seine Ohnmacht eingestehen und damit vor aller Welt bemerken, daß er nicht der letzte Mann ist, als den er sich hinstellen beliebt. Bayern kann schon jetzt, auch wenn die Sondergerichte namentlich in Fortfall kommen, den traurigen Nachweis für sich in Anspruch nehmen, der reaktionalen Radessteil der deutschen Republik zu sein!

### Nicht mit der Volkspartei!

Soweit bisher die Auffassung der Parteigenossen im Reich zum Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung bekannt geworden ist, läßt sich feststellen, daß die Genossen eingebend des Erntes der Lage mit erfruchtlicher Einmütigkeit den entschlossenen Schritt der Reichstagsauflösung gebilligt haben. Alle Entschlüssen, die zu dieser Frage bisher gefasst worden sind, sind in zutreffendem Sinne gehalten. Die Parteigenossen im Reich würdigen übereinstimmend das gewaltige Opfer, das die sozialdemokratische Partei durch die Uebernahme der unangenehm Verantwortungen gebracht hat, und sie erklären sich überall bereit, die Partei in ihrer schwerwiegenden Aufgabe zu unterstützen. Mit gleicher Entschlossenheit macht sie jedoch die Forderungen geltend, die gegenwärtige Koalition nicht nach rechts zu weichen. Die Parteigenossen im Lande weisen östig aufreißend darauf hin, daß es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein kann, einer Partei die Steigbügel zu halten, die durch ihre von nachstem Egoismus ditierte Haltung die gegenwärtige Regierungskonstellation erzwingen hat. Der Einbruch, den der Wiedereintritt der Deutschen Volkspartei in das Reichskabinet im Ausland herorrufen mußte, wäre der denkbar schlechteste; man könnte mit vollem Recht sein Verständnis dafür aufbringen, daß eine Partei, die die Annahme der Ententebedingungen verweigert hat, namentlich ehrlich befreit sein werde, die Forderungen nach besten Kräften zu erfüllen. Wir gehen in der Annahme nicht fehl, daß die Reichstagsauflösung sich mit dieser Anknüpfung der Parteigenossen im Lande in ihrer großen Mehrheit in Uebereinstimmung befinden.

### Partei und Regierung.

Eine am Freitag abend abgehaltene Verammlung der Parteifunktionäre S t e t t i n g nahm nach einem Referat des Reichstagsabg. Kunze einstimmig folgende Entschlüssen an: „Die Funktionäre und Betriebsvertrauensleute der Arbeiter Parteiorganisation billigen den Eintritt unserer Genossen in die Reichsregierung. Sie sprechen die Hoffnung aus, daß unsere Genossen alle ihre Kraft einbringen werden, um zu erreichen, daß die besitzenden Kreise zur Erfüllung der Ententebedingungen das leisten, was sie nach ihrer Regiopolitik und ihrem Können verpflichtet sind. Insbesondere verlangen die Funktionäre, daß die Verantwortung für die Durchführung der Ententebedingungen in der Reichsregierung ganz entschieden ab-

### Höls' Bernehmung.

Die Unternehmung gegen Höls ist in den letzten Tagen mit aller Beschleunigung fortgesetzt worden, um ein möglichst geschlossenes Bild über das Treiben des sog. nationalsozialistischen Rührhauptmanns zu gewinnen. Unter den vielen Zeugen, die vernommen wurden, befindet sich auch der jetzige Bürgermeister von Falkenstein. Interessant ist seine Feststellung, daß die kommunistische Bewegung in Falkenstein sehr viele Anhänger verloren hat und daß man von Höls so gut wie gar nicht mehr spricht. Höls heißt behauptet, daß auch er das Vertrauen gehabt habe, geordnete Verhältnisse in Falkenstein herbeizuführen, daß aber die Fabrikanten mit dem früheren Bürgermeister an der Spitze sich energisch dagegen gemehrt und vor allem verweigert haben, die Kosten der Spionage und Geheimdiensttätigkeit zu übernehmen, die es nicht genug Arbeit gebe, in Falkenstein eine andere Industrie heimlich gemacht werde. So habe man geplant, ein großes chemisches Werk in Falkenstein zu errichten. Das sei aber von den Fabrikanten mit allen Mitteln hintertrieben worden. Höls berichtet dem vorkommendsten Staatsanwalt Dr. S i g e r wiederholt, daß er nicht genug Arbeit habe, fertig zu werden, Höls bürgerlich mit den Worten ab: „Das verstehen Sie nicht!“ Die Staatsanwaltschaft ist bemüht, zu ermitteln, wohin die riesigen Besträge gekommen sind, die Höls in Wlauen und in anderen Orten des Hochlandes erpreht hat. Es ist zwar erwiesen, daß Höls die 30 bis 40 Millionen in Falkenstein auch aus dem Interakt einer roten Garde gegen Beträge gebracht hat, man hätte Gründe zu der Annahme, daß er noch erhebliche Summen irgendwo versteckt hätte. Höls lehnt natürlich jede Mithilfe darüber ab mit der Begründung, daß das Urteil über ihn ja doch längst gefällt sei und daß man jetzt mit ihm nur noch „Formalitäten“ erledige.





